froh sein und Triumphslieder darüber anstimmen, daß die Arbeiter friedlich genug denken, um sich an ihrem Feiertag nur gedankenlosen Zerstreuungen hinzugeben.

Nein, gerade der schale Spott der kapitalistischen Soldschreiber zeigt, daß je nachgiebiger sich die Arbeiter erweisen, sie nicht um so mehr auf das Entgegenkommen, als auf den blutigen Hohn ihrer Ausbeuter zu rechnen haben. Diese praktischen Leute geben nichts freiwillig, und die schönen Augen der Ausgebeuteten sind ihnen nicht einmal einen Pfifferling wert; sie verzichten nur auf das, was ihnen abgetrotzt und abgerungen wird, und anders wird das Proletariat niemals etwas von ihnen erlangen. Seinen Maitag feiert es wirksam und würdig nicht mit dem ängstlichen Bestreben, alle Opfer zu vermeiden, die sich irgend vermeiden lassen, sondern mit dem Entschluß, ihn zu einer wuchtigen Kundgebung zu machen, die den Feinden gehörigen Respekt einflößt, unbeschadet der Opfer, die diesem Zwecke gebracht werden müssen.

Vorausgesetzt natürlich, daß der Verlust den Gewinn nicht übersteigt. Diese Voraussetzung gilt für alle Kriegführung, und im einzelnen Falle wird immer zu untersuchen sein, ob und inwieweit sie zutrifft. Eine allgemeine Regel, die ja ein Katechismus aller Strategie und Taktik sein würde, läßt sich darüber nicht aufstellen. Aber wohl gilt als allgemeine Regel aller Kriegführung, daß kein Sieg ohne Kampf errungen werden kann, und daß noch jeder Feldzug am letzten Ende verloren worden ist, bei dem die Sorge um den Verlust die Sorge um den Gewinn überwog.

Einem solchen Feldzug darf die Geschichte des internationalen Maifestes nimmermehr gleichen, und wenn es demnächst zum siebzehntenmal wiederkehrt, wird es allen Krittlern und Zweiflern zum Trotze zeigen, daß es lebt und zu leben wert ist.

Die gegenwärtige politische Lage Rußlands und die Aussichten für die Zukunft.[1]

Von **Parvus.**

Im nachfolgenden werden wir versuchen, die gegenwärtige politische Lage mit voller Unparteilichkeit zu analysieren, als ob es sich nicht um uns selbst, sondern um irgend jemand anderen handeln würde, als ob die Vorgänge sich nicht in Rußland, sondern in irgend einem entlegenen Lande hinter Bergen und Seen, in China oder in Äthiopien, oder im Lande der Menschenfresser vollzögen. Wir werden die Erscheinungen prüfen und versuchen, deren gemeinsame Ursachen zu finden. Unsere Gegner haben zweifellos viel Unverstand und Bosheit dokumentiert. Wir werden jedoch auch in den Handlungen unserer ärgsten Feinde nach vernünftigen Motiven suchen. Denn wenn wir unsere Feinde für Dummköpfe hielten, wo sie vernünftigerweise ihre Interessen zu wahren suchen, so würden wir uns selbst zum besten halten.

---

[1] Vorliegende Ausführungen sind schon zwei Monate alt und leider verspätet in unsere Hände gelangt. Aber sie tragen auch jetzt noch einen aktuellen Charakter. Die Redaktion.

Der 30. Oktober und seine Folgen.

Als am 30. Oktober die Regierung den Weg der Konzessionen betrat, rechnete sie selbstverständlich darauf, daß sie hierdurch ihre Macht befestigen und Ordnung und Ruhe im Lande herstellen werde. Jedoch das Gegenteil traf ein. Die Volkserregung wurde nicht schwächer, sondern im Gegenteil, sie wuchs ungeheuer, ja die Agitation wurde stärker und immer kühner, die Autorität der Regierung fiel mit jedem Tage zusehends. Es kam schließlich so weit, daß man beinahe gänzlich aufhörte, mit der Staatsgewalt zu rechnen, die noch vor kurzem Gesetze für ganz Rußland diktiert hatte.

Es konnte auch nicht anders kommen. Die politische Erregung war im Volke enorm angewachsen, und sie war es auch gewesen, die die Revolution hervorbrachte. In dem Moment, wo die alten Polizeifesseln gefallen waren, die die Volksbewegung beschränkten und niederdrückten, konnte die allgemeine Erregung ihren vollen Ausdruck in den Zeitschriften und Volksversammlungen finden. Es wiederholte sich hier in bedeutend erweitertem Maße dasselbe, was früher geschehen war, als die Möglichkeit eintrat, Versammlungen in den Hochschulgebäuden abzuhalten. Allerdings konnte man darauf rechnen, daß mit der Zeit die Erregung abflauen werde, es unterliegt jedoch keinem Zweifel, daß die politische Freiheit vorerst ein politisches Fieber erzeugen mußte.

Eine gewisse Rolle im Sinne der Erhöhung der Agitation kann auch der Befreiung der politischen Häftlinge und der Rückkehr der politischen Flüchtlinge aus dem Ausland nicht abgesprochen werden. Diesen Faktoren wird jedoch meist eine sehr übertriebene Bedeutung beigemessen. Wir alle, die wir an der Agitation der letzten Monate teilgenommen haben, wissen sehr wohl, daß, trotzdem mit der größten Anstrengung Tag und Nacht gearbeitet wurde, wir es nicht zustande bringen konnten, auch in irgendwie nennenswertem Maße den Forderungen der Massen zu entsprechen: nicht wir haben die Massen nach vorwärts getrieben, sondern sie uns, und der revolutionäre Strom riß uns alle unaufhaltsam vorwärts.

In weit höherem Maße als durch unsere unmittelbare Agitation wurde die politische Lage durch das Verhalten der Regierung verschärft. Die Regierung beging einen wesentlichen Fehler sogar von ihrem eigenen Standpunkt des Bestrebens, die alte Staatsordnung den neuen politischen Forderungen anzupassen. Sie fing am unrichtigen Ende an. In dem Moment, wo die Regierung den Weg der politischen Reformen betrat, mußte sie vor allem eine Volksvertretung auf Grundlage der im Volke herrschenden Forderungen einberufen. Sie hätte hierdurch viel eher die Durchführung der politischen Freiheiten einschränken und aufschieben können, als durch die Einberufung der völlig unzulänglichen Reichsduma. Die Regierung tat jedoch gerade das Gegenteil davon. Da nun den politischen Parteien nicht die geringste Möglichkeit geboten wurde, eine gesetzgeberische Tätigkeit zu entfalten, so blieb ihnen nichts anderes übrig, als zu kritisieren und zu agitieren. Sei es infolge der von der Regierung selbst gewährten Konzessionen oder infolge der im Wege der Usurpation gewonnenen Möglichkeiten, man konnte schreiben und sprechen, was man wollte, aber man konnte nicht in anderer Weise seine Tätigkeit entfalten, Gesetze vorschlagen und erörtern usw. Es war kein Ort vorhanden, keine staatliche Institution, auf welche sich die Hoffnungen des mit der alten Ordnung unzufriedenen Volkes konzentrieren konnten. Es blieb also nichts übrig als Mißtrauen und Befürchtungen, der einzige offen gelassene Weg war

der Kampf. In dieser Weise trieb die Regierung selbst die Revolution vorwärts, indem sie die Agitationsmittel erweiterte, ohne der politischen Selbstbetätigung des Volkes einen Ausgang zu schaffen, fachte sie selbst die Flammen der Revolution in weit höherem Maße an, als dies Agitatoren zu tun vermocht hätten. Es stellte sich ein Zwitterzustand ein: die alte Staatsordnung wurde beseitigt, eine neue noch nicht geschaffen. So geriet man in eine Sackgasse, aus der man weder zurück noch vorwärts konnte. Das Resultat war, daß man von allen Seiten, von der äußersten Linken bis zur äußersten Rechten, auf die Regierung zu schimpfen anfing, daß die Autorität der Regierung sank und die politische Anarchie im Lande zusehends wuchs. Die Notwendigkeit, dem Staatsleben feste Grundlagen zu verleihen, wurde von Tag zu Tag fühlbarer. Die revolutionären Parteien waren gerne bereit, an Stelle der unbeweglichen, tatenlosen Regierung diese konstruktive Mission zu übernehmen, und infolgedessen wendete sich ihnen immer mehr die Aufmerksamkeit und die Hoffnung des Volkes zu. So rückte die Idee einer konstituierenden Versammlung und einer provisorischen Regierung in den Vordergrund der politischen Fragen.

Wie ich schon früher erwähnt habe, betrachte ich die Lage nicht vom Standpunkt, ob das eine oder das andere wünschenswert wäre, sondern einzig und allein vom Standpunkt der tatsächlichen Ereignisse. Es ist wichtig, zu bestimmen, was geschehen ist und wie es geschehen ist, und hieraus werden wir uns klar darüber werden, was wir in der nächsten Zukunft zu gewärtigen haben. Erst dann können wir zu den Schlüssen kommen, was wir zu tun und wie wir vorzugehen haben.

Wir müssen nun in Erinnerung behalten, daß schließlich die russische Revolution nicht ein Zufall ist, daß Rußland an einer Menge Fragen leidet, welche dringend ihrer Lösung harren und welche vorläufig ihren Ausdruck in der Agitation und in dem politischen Aufschwung von immer neuen und neuen Volksschichten finden. Dies ist die Grundlage aller Erscheinungen der letzten Zeit. Nach dem 30. Oktober trat die Bauernfrage in den Vordergrund. Zur gleichen Zeit verwandelte sich die Armeefrage aus einer Frage der Kriegsmacht des Staates in eine „Soldatenfrage", ohne an ihrer brennenden Schärfe etwas zu verlieren. Die Soldaten fingen an, von der unerläßlichen Notwendigkeit einer Verbesserung ihrer Lage zu reden. Ganz Rußland fing an zu reden, bis zu den Schutzmännern und den Hausmeistern. Überall offenbarte sich ein Defizit, eine Unordnung, überreife Lebensforderungen. Da kann es nicht wundernehmen, daß unter solchen Umständen der Sturm der Revolution immer mehr und mehr anwuchs.

Der Rat der Arbeiterdeputierten.

Wenn es sich hier nur um den Lärm und das Gepolter der professionellen Agitation gehandelt hätte, so brauchte sich die Regierung vielleicht keine besonderen Sorgen zu machen. Viel wichtiger jedoch war der Umstand, daß die organisierenden Kräfte der Volksmassen anfingen, sich in der Revolution herauszubilden. Als solche Kräfte erschienen in erster Linie die sogenannten Räte der Arbeiterdeputierten und die anderen mannigfachen Formen der Arbeiterorganisationen. Alle politischen Organisationen trugen bis dahin den Charakter von Körperschaften, deren Zweck der Kampf mit der Regierung war. In dem Rate der Arbeiterdeputierten in Petersburg kam zum erstenmal

eine Organisation zur Geltung, die nicht nur zerstörend, sondern auch aufbauend wirkte. Man spürte, daß hier eine Kraft zutage trat und sich ausbildete, die imstande sein könnte, den Umbau des Staates zu unternehmen. Um sich über die Stellung des Rates der Arbeiterdeputierten vollkommen klar zu sein, nehmen wir als Beispiel die Lage der Sozialdemokratie. Die Sozialdemokratie besaß eine geschichtliche Vorbereitung, eine Organisation, welche das ganze Land umfaßte, ein vollkommen bestimmtes und klares politisches Programm, welches in solchem Maße die proletarischen Interessen und die Aufgaben der Revolution zum Ausdruck brachte, daß die gesamte Tätigkeit des Rates der Arbeiterdeputierten im Rahmen dieses Programms Platz fand. Aber die Sozialdemokratie stützte sich nur auf die Arbeitermassen. „Der Rat der Deputierten" waren eben diese Arbeitermassen, jedoch durch eine Organisation miteinander verbunden. Nun könnte die Frage aufgeworfen werden, ob nicht die Macht des Rates der Arbeiterdeputierten gerade in dem Umstand zu suchen ist, daß er parteilos war? Keineswegs. Wie ich soeben bemerkte, bewegte sich die ganze Tätigkeit des Rates der Deputierten in den Bahnen der Sozialdemokratie. Und daher hat der Rat der Deputierten keineswegs die Sozialdemokratie geschwächt, sondern im Gegenteil ihre Bedeutung erhöht. Es war nicht schwer vorauszusehen, daß früher oder später der Moment eintreten würde, wo beide Ströme zusammenfließen würden. In dem Maße, als der Rat der Deputierten seine politische Tätigkeit erweiterte, wurde er immer mehr und mehr sozialdemokratisch. Ich gebrauche hierbei den Ausdruck „Sozialdemokratie" in seinem westeuropäischen Weltsinn. Es gehörten hierzu folglich auch die Sozialrevolutionäre, von dem Moment an, wo sie den Standpunkt des Arbeitersozialismus einnahmen. Überdies wurde die Sozialdemokratie in dem Maße, als sie den Rahmen ihrer Organisationen erweiterte und in ihrer Mitte das Wahlprinzip einführte, zur Partei der Arbeitermassen. Der Petersburger Rat der Arbeiterdeputierten fing an, mit den Arbeiterorganisationen anderer Städte Verbindungen anzuknüpfen, und verlor hierdurch seinen lokalen Charakter einer Fabriks- oder Betriebsorganisation. Er war im Begriff, eine proletarische Klassenpartei zu bilden. Man durfte erwarten, daß schon auf dem nächsten allrussischen Arbeiterkongreß eine feste organisatorische Verbindung zwischen den Räten der Arbeiterdeputierten, den gewerkschaftlichen Organisationen und den rein sozialdemokratischen Arbeiterorganisationen zustandekommen werde; in dieser Richtung bewegte sich die Entwicklung der Dinge. Wenn man es genau nehmen will, war nach dem 30. Oktober die Lage wie folgt: Die Sozialdemokratie hatte auf ihrer Seite ein politisches Programm, welchem sich immer mehr und mehr die Arbeitermassen anschlossen, der Rat der Arbeiterdeputierten stellte eine Vertretung der Interessen der Arbeitermassen dar und verkörperte auf diese Weise deren gesamte revolutionäre Energie. Die politische Bedeutung der Arbeitermassen wuchs dann infolge des Generalstreiks zu einem enormen Umfang an. Die Arbeiter waren imstande, die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit des Landes zum Stillstand zu bringen, und infolgedessen fing man an, in der Arbeiterschaft diejenige Kraft zu sehen, von welcher das Leben des Staates abhing. Die Bedeutung aller anderen Verbände und Semstwoversammlungen rückte weit in den Hintergrund gegenüber dieser Riesenmasse, der nur das organisatorische Band fehlte, damit sie zur maßgebendsten Macht im ganzen Lande werde. Dazu kommt noch, daß der Rat der Arbeiterdeputierten der erste wirklich erwählte Vertretungskörper der Volksmassen war.

Dieser rückte um so mehr in den Vordergrund, als es eine andere Volksvertretung, um die sich die Volksmassen gruppieren konnten, nicht gab. Und nun fing man an, den Äußerungen des Rates der Arbeiterdeputierten zu lauschen, als ob dies eine konstituierende Versammlung wäre. Von dem Rate erwartete man die Lösung aller politischen Fragen, seine Manifeste wurden als der Ausdruck des Volkswillens betrachtet, im Gegensatz zum Willen der Regierung. Man begann, im Rate der Arbeiterdeputierten den Kern einer neuen Staatsmacht zu erblicken. Die Verfügungen des Rates wurden freiwillig und mit der größten Bereitwilligkeit befolgt, während man den Regierungsukasen unwillig, aus Zwang folgte, soweit man sie nicht überhaupt ganz außer acht ließ.

Die Unabwendbarkeit des Konfliktes.

Wie wir soeben gesehen haben, war die Volkserregung in stetem Wachsen begriffen, die Agitation verbreitete und verschärfte sich, in der Armee, welche in immer engere Fühlung mit dem revolutionären Volke trat, äußerte sich eine wahrnehmbare Zersetzung, und der politische Schwerpunkt verschob sich von der Regierung in den Rat der Arbeiterdeputierten. Hätte die Regierung noch einen oder zwei Monate gewartet, so wäre es für sie zu spät gewesen; sie hätte sich gezwungen gesehen, die Macht an eine provisorische revolutionäre Regierung abzutreten, die dann eine Konstituante einberufen hätte. Diese Entwicklung der Sache war dermaßen augenscheinlich, daß in den Augen der ausländischen Mächte der politische und finanzielle Kredit der russischen Regierung unaufhaltsam im Fallen begriffen war.

Unter solchen Verhältnissen wurde ein Zusammenstoß zwischen der Regierung und den revolutionären Kräften des Landes ganz unvermeidlich. Der Rat der Arbeiterdeputierten erklärte, daß er die Schlacht liefern würde, wann es ihm vorteilhaft erscheinen werde. Der Moment der Schlacht hängt aber von jedem der kriegführenden Teile ab. Die Regierung entschloß sich, die Schlacht in dem Moment zu liefern, wo sie selbst die meisten Chancen auf einen erfolgreichen Ausgang hatte. Dies kann man ihr nicht verübeln.

Die durch das Manifest vom 30. Oktober geschaffene Lage war unhaltbar, das konnte man von Anfang an sehen. Es war auch nicht schwer, vorauszusehen, daß die Regierung unter dem Einfluß der stets wachsenden revolutionären Agitation den Versuch machen würde, zu der früheren Ordnung zurückzukehren. Mir fällt jetzt ein Gespräch ein, welches ich in den ersten Tagen meiner Rückkehr nach Rußland mit einem bekannten russischen Schriftsteller zu führen Gelegenheit hatte.

„Glauben Sie nicht", sagte er mir, „daß die politischen Flüchtlinge sich zu sehr beeilt haben, nach Rußland zurückzukehren? Wir besitzen ja gar keine Garantien der politischen Freiheit. Unter solchen Umständen können sie ja alle sehr bald wieder eingesponnen werden."

„Selbstverständlich", erwiderte ich. „Ich bin sogar davon beinahe überzeugt, aber gerade deshalb, weil wir politische Freiheit ohne Garantien besitzen, müssen wir sie ganz und voll ausnutzen, solange sie da ist. Für die politischen Emigranten stand die Frage folgendermaßen: entweder im Ausland bleiben und sich für die Zukunft erhalten oder den günstigen Moment in Rußland ausnutzen und die Zukunft aufs Spiel setzen. Wir zogen die letztere Alternative vor. Mag man uns einsperren. Aber bis dahin werden wir die Flamme

der Agitation durchs ganze Land tragen, wir werden die Massen erheben und sie an das freie Wort gewöhnen, und werden eine Rückkehr zur alten Ordnung für alle Zeiten unmöglich machen."

Wir haben unsere Arbeit verrichtet. Verschiedene wohlmeinende Personen, Ratgeber und mit der Revolution Sympathisierende machen uns nun den Vorwurf, daß wir in einem zu herausfordernden Tone gesprochen hätten. Diese Herren glauben, daß man einen Sturm durch Lärmen hervorrufen kann. Ich habe schon früher gezeigt, welche Kräfte die Revolution vorwärts drängten und die Agitation verschärften. Wir waren nichts anderes als die Saiten der Harfe, auf denen der Sturm der Revolution spielte. Wir waren die Plänkler der Revolution und bewegten uns auf dem Wege, auf den wir durch die hinter uns stürmenden Gewalthaufen gedrängt wurden. Ein einzelnes Individuum kann auf die Seite treten oder den Rückzug predigen; es kann recht oder unrecht behalten, aber in jedem Falle wird es dabei stets ein literarischer Räsoneur bleiben und nie ein praktischer Politiker sein. Wer die revolutionären Massen führen will, muß ihnen vorangehen.

Dieselben „Freunde und Wohlmeinenden" behaupten, der Rat der Arbeiterdeputierten hätte in seinen Maßnahmen über die Schnur gehauen und dadurch seine eigene Existenz untergraben. Die Herren vom „Polarstern",[1] die Mäßigkeit und Akkuratesse in der Revolution predigen und den demokratischen Salat des westeuropäischen Kleinbürgertums mit gemeinem russischen Öl anmachen, beklagen die „Zensur der Zeitungssetzer oder des Rates der Arbeiterdeputierten" und vergessen hierbei, daß nur durch die terroristischen Maßnahmen der Arbeiter die russische Presse von der Zensur befreit wurde. Allerdings müssen wir die Frage der Einführung des achtstündigen Arbeitstags auf gewaltsamem Wege viel ernster nehmen. Da entsprachen tatsächlich die zur Verfügung stehenden Mittel nicht dem angestrebten Ziele. Der Achtstundentag kann nur auf dem Wege der Gesetzgebung eingeführt werden und soll nicht für Petersburg allein, sondern für ganz Rußland gelten. Dieser mißglückte Versuch ist jedoch nichts als eine Episode, eine Einzelerscheinung; nicht in diesem Versuch bestand das Wesen der Tätigkeit des Rates der Petersburger Arbeiterdeputierten. Bekanntlich wurde der Massenausstand im November nicht durch den Kampf um den Achtstundentag, sondern durch die Ereignisse in Kronstadt und durch die Einführung des Belagerungszustandes in Polen hervorgerufen. Mit Rücksicht auf diejenige politische Stellung, die dem Rate der Petersburger Arbeiterdeputierten zufiel, konnte er diese Ereignisse sich nicht abspielen lassen, ohne auf sie zu reagieren. Wie ich schon früher andeutete, war dieser Rat nicht einfach ein Vertreter der Petersburger Arbeiterschaft, der sich ausschließlich mit den Petersburger Ereignissen zu beschäftigen hatte: auf ihn blickte das ganze Land, ja vielmehr die ganze zivilisierte Welt, von ihm erwartete man eine Antwort auf alle in den politischen Angelegenheiten des Landes entstehenden Fragen und die erste Vorwärtsbewegung im revolutionären Kampfe. Durch den Novemberausstand zeigte das Petersburger Proletariat, daß es seine Rolle einer Vorhut der Revolution vollständig begriffen hatte; und der Novemberausstand, der zweifellos einen demonstrativen Charakter trug, hatte sehr ernste agitatorische Folgen im Sinne einer revolutionären Beeinflussung der Armee. Nur wenn wir uns diejenige politische Stellung klar vor Augen halten, die der Rat der Petersburger

[1] Die von Peter v. Struve redigierte Zeitschrift, die jetzt als Organ der radikalen bürgerlichen Fraktion der sogenannten konstitutionellen Demokraten gilt. Der Übersetzer.

Arbeiterdeputierten einnahm — und zwar nicht infolge einer Weisung des einen oder des anderen Führers, sondern dadurch, daß er durch den Gang der Revolution selbst in diese Stellung vorgeschoben wurde, indem er der einzige aus den Volksmassen hervorgegangene Vertretungskörper war —, nur dann werden wir auch seine weiteren Maßnahmen begreifen, die in dem Manifest über die finanzielle Lage Rußlands ihren Abschluß fanden.

Aber wie dem auch sein mag, mögen unsererseits Übertreibungen, Verirrungen und Fehler begangen worden sein oder nicht, das eine steht fest: die Angriffe der Regierung richteten sich gegen uns nicht wegen unserer vermeintlichen oder tatsächlichen Fehler, sondern wegen der Kraft und Entschiedenheit, die wir an den Tag legten. Hätten wir uns nur ruiniert und blamiert, dann hätte es die Regierung nicht nötig gehabt, gegen uns die Militärmacht zu mobilisieren und dabei die Schicksale Rußlands aufs Spiel zu setzen. Daß die Taktik des Rates der Arbeiterdeputierten sowie der sozialistischen Parteien den Herren vom Geldsack, den verschiedentlichen mäßig gesinnten und sprachgewandten Liberalen, den Konstitutionalisten und Demokraten nicht angenehm war und daß das reiche Bürgertum sich offen auf die Seite der Regierung schlug, wissen wir wohl, aber dafür und desto höheren Anklang fand unsere Agitation bei den Arbeitern und Bauern. Zu ihnen gingen wir, auf sie bauten wir unsere Hoffnungen auf. Warum haben die Herren Liberalen und Demokraten, die uns unaufgefordert Ratschläge erteilen, nicht selber ihre politische Weisheit ausgenutzt und es nicht versucht, im Volke Wurzel zu fassen? Ja, sie wollten es wohl, aber es gelang ihnen nicht. Und inwiefern unsere Berechnung richtig war, kann der Umstand beweisen, daß vor der revolutionären Tätigkeit des Rates der Arbeiterdeputierten und der sozialistischen Parteien die politische Bedeutung der Semstwoliberalen und der übrigen politisch wohlgesinnten Sippschaft vollkommen verschwand.

Die Regierung begriff sehr wohl, daß die Hauptmacht der Revolution nicht in der Art und Weise und in den Formen der Agitation lag, sondern in dem Organisationsband, welches zwischen den revolutionären Arbeitermassen entstanden war und welches die Bauernschaft und die Armee an sie heranzog. Daher richtete die Regierung ihre Angriffe gegen die Arbeiterorganisation. Nicht umsonst ist die Regierung noch bis jetzt eifrig bestrebt, alle einzelnen Arbeiterdeputierten einzufangen, und die Verhaftungen, die in Petersburg stattfanden, stehen beinahe ausschließlich in Zusammenhang mit der Tätigkeit des Rates der Arbeiterdeputierten.

Der Zusammenstoß war unvermeidlich, und er hat auch stattgefunden. Wir werden jetzt untersuchen, wie sich der Kampf abspielte und welche Resultate er zur Folge hatte.

Ein Monat kriegerischer Tätigkeit.

Wenn wir die Volksbewegung, die als Antwort auf die von der Regierung veranstalteten Verhaftungen und die Sprengung der Arbeiterorganisationen entstand, vom technischen Standpunkt der Streiks betrachten, so müssen wir sie zweifellos als mißglückt ansehen. Der Ausstand als solcher ist mißlungen. Am besten vollzog sich der Ausstand in Moskau, wo sowohl der Straßenbahnverkehr wie die Elektrizität und die gesamte Handelstätigkeit lahmgelegt wurde. Aber auch hier fing er an, gleich in den ersten Tagen abzuflauen. Moskau hielt sich nicht durch den Ausstand, sondern durch den Barrikadenkampf, und solange

der letztere dauerte, mußte auch selbstverständlich die gesamte Tätigkeit des wirtschaftlichen Lebens stillstehen. Und so war es überall: dort, wo die Bewegung im höheren oder geringeren Maße den Charakter eines bewaffneten Aufstandes annahm, dort hielt sie sich am längsten.

Nun fragen wir, warum mißglückte der allgemeine Ausstand? Dafür waren viele Ursachen maßgebend. Erstens ist es undenkbar, einen Ausstand unbestimmt lange Zeit aufrechtzuerhalten. Von Oktober angefangen sind bald die Arbeiter und Angestellten selbst in den Ausstand getreten, bald wurden die Unternehmungen von den Eigentümern geschlossen. Die kleinen Ersparnisse der Arbeiterschaft waren bald aufgezehrt, es stellte sich Hunger und Ermüdung ein. Zweitens war die Zeit für Ausstände recht ungünstig in Anbetracht der nahenden Feiertage. Die Regierung wußte es wohl. Dazu kommt noch vielleicht der wichtigste Grund: Nicht nur der Novemberausstand, sondern sogar der Oktoberausstand, an dessen erfolgreichem Ausgang doch nicht der geringste Zweifel sein kann, zeigten deutlich, daß mit dem Ausstand allein die Sache nicht abgetan werden kann. Falls im Oktober die Regierung nicht Konzessionen gemacht hätte, so wäre doch eigentlich schon damals die Arbeiterschaft gezwungen gewesen, den Ausstand nach kurzer Zeit zum Abschluß zu bringen. Der 30. Oktober war ein Rückzug von beiden Seiten: Die Regierung betrat den Weg der Konzessionen, und das Volk erklärte, daß, trotzdem es sich mit dem Manifeste nicht zufrieden geben könne, es doch vorläufig den Kampf einstelle. Seit dieser Zeit haben die Arbeitermassen klar und in vollem Bewußtsein sich nicht zu einem Ausstand, sondern zu einem Aufstand vorbereitet. Schließlich hat die Regierung selbst durch die Zerstörung der Arbeiterorganisationen und das Verbot der Arbeiterversammlungen die Durchführung eines friedlichen Ausstandes bedeutend erschwert.

Alle diese Umstände, die in ganz Rußland zutage traten, waren besonders in Petersburg fühlbar, und daher trat hier, ebenso wie in Moskau, das eifrige Bestreben der Arbeitermassen, den offenen Kampf vom ersten Tage des Ausstandes an aufzunehmen, besonders klar zutage. Jedoch war die Möglichkeit eines Aufstandes in Petersburg viel geringer, als irgend anderswo im Reiche. In Petersburg, als der Residenz und dem Mittelpunkt der Staatsverwaltung, war eine viel größere Ansammlung der bewaffneten Macht als in den anderen Städten, und zwar waren hier lauter Elitegarderegimenter, die in materieller Hinsicht sich in einer viel günstigeren Lage befinden als die Armeeregimenter in der Provinz. Hierzu kommt noch der Umstand, daß der Plan der Stadt Petersburg mit seinen geraden, breiten Straßen den Barrikadenbau in solchem Umfange, wie er in Moskau stattfand, ganz unausführbar machte.

Sollen wir daraus schließen, daß ein bewaffneter Aufstand in Petersburg überhaupt und für alle Zeiten unmöglich sei? Dies wäre entschieden ein Trugschluß. Im Laufe der russischen Revolution ist schon vieles verwirklicht worden, was man bisher für höchst unwahrscheinlich hielt. Schon der 22. Januar 1905 war eine Unwahrscheinlichkeit, als das unbewaffnete Volk einem Kugelregen entgegenging. Noch vor einigen Monaten würde kein Mensch an die Möglichkeit geglaubt haben, daß in Rußland ein allgemeiner Streik, wie er im Oktober stattfand, durchführbar sei. Eines ist klar: Wenn in Petersburg ein bewaffneter Aufstand stattfindet, so wird er einen ganz anderen Charakter haben und wird ganz andere Kampfmittel benutzen, als dies in Moskau der Fall war.

Wenn wir nun die oben angedeuteten Umstände, die einem friedlichen Ausstand hinderlich im Wege standen, in Betracht ziehen, so bekommen wir ein ganz anderes Bild des stattgefundenen Kampfes. Was machte die Regierung und was erreichte sie? Sie führte gegen die Revolutionäre die Armee auf, und es stellte sich hierbei heraus, daß die bewaffnete Macht auf der Seite der Regierung ist. Dies aber konnte die Regierung ja auch im Oktober machen; sie hatte es doch am 22. Januar gemacht.

Am 22. Januar 1905 wollte die Regierung einen Schrecken in das russische Volk jagen. Das erzielte Resultat war bekanntlich ein vollständig entgegengesetztes; der 22. Januar entzündete die Revolution im ganzen Reiche, und seitdem kann das Volk nicht mehr gebändigt werden. Gerade durch diesen Umstand beeinflußt, wagte es im Oktober die Regierung nicht, den Ausstand durch das Militär zu erdrücken, trotzdem sie zu dieser Zeit noch über eine viel größere Anzahl blind gehorchender Regimenter verfügen konnte als jetzt. Höchstwahrscheinlich hatte damals die Regierung, ebensowenig wie jetzt, ernstliche Zweifel an einem Sieg der bewaffneten Macht, aber sie fürchtete diesen Sieg und hatte berechtigten Grund, ihn zu fürchten. Seit dieser Zeit haben sich die Gründe dieser Furcht vor einem Sieg über das Volk bei der Regierung nicht vermindert, sondern vermehrt. Aber gerade deswegen hat sie jetzt keine Wahl mehr: wenn sie das Militär nicht gegen das Volk führt, so bleibt ihr nichts anderes übrig, als vor den Revolutionären zu kapitulieren.

Die Regierung errang im Dezember und Januar einen militärischen Sieg über die Revolution, aber sie stieß hierbei auf einen Widerstand, der alles bis nun Dagewesene übertraf, einen Widerstand, der sogar viel größer war, als er im Oktober möglich gewesen wäre.

Einen ganzen Monat donnerten die Geschütze im gesamten Reiche, einen ganzen Monat währte der Zweikampf zwischen der Revolution und der Armee, einen ganzen Monat dauerte die Zerstörung von Häusern, Fabriken, Eisenbahnen, brannten die Landhäuser der Grundbesitzer. Was liegt denn daran, daß während der Zeit die elektrische Beleuchtung in Petersburg in regelmäßigem Betrieb war, daß in diesen oder jenen Fabriken gearbeitet wurde und die Nikolaische Eisenbahn (zwischen Petersburg und Moskau) leere Züge regelmäßig beförderte? Von einer halbwegs regelmäßigen und nennenswerten Tätigkeit im wirtschaftlichen Leben des Landes konnte während dieser Zeit nicht die Rede sein. Dieser Monat des Aufstandes hat in weit höherem Maße die Kräfte des Staates untergraben, als ein friedlicher Streik imstande gewesen wäre. Die Regierung war gezwungen, das eigene Volk so zu erobern, wie man ein fremdes, feindliches Land erobert.

Im Mittelpunkt des Kampfes stand Moskau. Da hielten sich die Barrikaden zwei Wochen lang — ein in der Geschichte unbekanntes Beispiel. Selbstverständlich wäre dies ganz unmöglich gewesen, wenn die Barrikaden nur von organisierten und bewaffneten Arbeitern gebaut worden wären. In Wirklichkeit war die gesamte Bevölkerung Moskaus am Barrikadenbau tätig, wie dies jetzt mit Sicherheit festgestellt wurde.

Die Regierung nötigte gegen ihren eigenen Willen alle Einwohner Moskaus, sich dem Aufstande anzuschließen. Selbstverständlich wollte die Regierung den Kampf nur gegen die Revolutionäre führen, jedoch darin liegt gerade die Macht des Bürgerkrieges, daß man diesen Krieg nicht im offenen Felde, sondern in den Mauern der Städte, in der Mitte friedlicher Einwohner führen muß. Die

zwischen den Häusern und Straßen verstreuten, mit der Bevölkerung eng verbundenen bewaffneten Kämpfer waren für die Regierung unfaßbar, und da mußte die Regierung auf das ganze Volk schießen lassen, um die Revolutionäre zu besiegen. Dadurch machte sie die gesamte Bewohnerschaft von Moskau zu Revolutionären.

Im Anfang der Bewegung fanden in Moskau große patriotische Manifestationen statt. Im Gegensatz zu Petersburg galt Moskau immer als die Volksstütze der Regierung. Am 19. Dezember fand in Moskau auf dem Roten Platz ein öffentlicher patriotischer Gottesdienst statt, an dem nach der Angabe der Regierungsblätter etwa 10000 Mann teilnahmen. Am Ende der Bewegung baute die ganze Bevölkerung Moskaus, groß und klein, Barrikaden.

Dies ist das Resultat. Die Niederwerfung Moskaus wird im Sinne der revolutionären Agitation eine nicht geringere Rolle spielen, als der 22. Januar 1905 in Petersburg.

Selbstverständlich sind zunächst die tatkräftigen Cadres der Revolution durch die erlittenen Verluste geschwächt; jedoch werden sie bald komplettiert werden und binnen kurzem, wie dies bis nun der Fall war, sich noch stärker als früher entwickeln.

Der Militärsieg ist auf Seite der Regierung, aber seine Früchte kommen der Revolution zustatten.

So hatte die Regierung seinerzeit über die Mannschaft des „Potemkin" einen Sieg errungen; die Folge dieses Sieges war der Aufstand in Sebastopol. Seit der Zeit haben Kronstadt, Wladiwostok, Irkutsk, Charkoff, Kieff usw. deutlich gezeigt, wohin ein Bürgerkrieg führt.

Wir können mit Recht auf die Agitation stolz sein, die wir im Lande während der anderthalb Monate relativer Bewegungsfreiheit entwickelt haben. Jedoch, um gerecht zu sein, müssen wir bekennen, daß die revolutionäre Agitation, welche die Regierung durch einen Monat militärischer Operationen hervorgerufen hat, bei weitem das übertrifft, was wir, die berufsmäßigen Agitatoren der Revolution, zu vollbringen imstande waren.

Der Abschluß der jetzt etablierten Militärdiktatur ist natürlich noch nicht abzusehen. In dieser Hinsicht hat die Regierung ihren Zweck erreicht. Aber zu gleicher Zeit hat sie die weitere Entwicklung der revolutionären Bewegung gesichert und die Aufgaben derselben erweitert und verschärft. Übrigens entspricht dies vollkommen dem ganzen bisherigen Entwicklungsgang. Am 22. Januar 1905 handelte es sich nur um Reformen von oben, um gewisse politische Rechte und um die Bewilligung einer Staatsduma nach dem Gutdünken der Regierung. Im Oktober 1905 stand schon das allgemeine, direkte, gleiche und geheime Wahlrecht auf der Tagesordnung, und wenn es wieder zu einem Zusammenstoß kommen wird, so werden noch viel radikalere Forderungen aufgestellt werden.

Die weitere Politik der Regierung.

Der Regierung stehen nun drei Wege offen.

Sie kann weiter den Weg verfolgen, der die Wiederherstellung der alten Ordnung anstrebt. Das Wesen dieses alten Staatssystems bestand darin, jede Äußerung eines eigenen politischen Willens im Volke im Keime zu ersticken, und zur Erreichung dieses Zieles besaß die autokratische Regierung höchst wirksame Mittel, die sich aber als wirkungslos erwiesen. Wenn es nun unmöglich

war, die alte Ordnung aufrecht zu halten, ist es um so weniger möglich, sie wieder auferstehen zu lassen. Hierüber brauchen wir nicht viele Worte zu verlieren — die Geschichte hat für uns ihr Wort gesprochen.

Wenn also die Wiederherstellung der alten Ordnung unmöglich ist, so muß man der politischen Erregung des Volkes einen Ausweg schaffen. Dieses hätte durch die sofortige Einberufung der Staatsduma auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes erfolgen können. Um irgend einen Einfluß auf das Volk zu gewinnen, hätte die Reichsduma das Vertrauen des Volkes genießen müssen, und dieses Vertrauen konnte sie nur dann haben, wenn sie vom Volke als dessen Vertretungskörper angesehen worden wäre. Dies ist jedoch nur bei einem allgemeinen Wahlrecht möglich.

Die Regierung schlug einen vermittelnden Weg ein, der zwischen den zwei soeben bezeichneten liegt. Sie wagt es nicht, neuerdings die Zensur einzuführen, gibt aber auch keine Garantien für eine freie Presse; sie beschränkt die Mittel der politischen Agitation, erhöht aber gleichzeitig die politische Erregung. Die Folge dieses Gebarens ist dieselbe, als wenn die Regierung selbst für die Revolution agitieren würde. Sie wagt es nicht, das autokratische Regime wiederherzustellen, aber hindert die Arbeiter- und Bauernmassen an der Möglichkeit, ihre Leute in die Reichsduma zu entsenden. Sie gewährt den Volksmassen das Wahlrecht, aber durch das komplizierte und mehrstufige Wahlsystem und durch die Beschränkung der Anzahl der Wahlmänner nimmt sie den Stimmen der Volksmassen jede politische Macht im Verhältnis zu den Stimmen der Gutsbesitzer, Kaufleute und anderer Vertreter der besitzenden Klassen. Eine solche Duma kann selbstverständlich nie und nimmer als Volksvertretung betrachtet werden.

Und doch wird die Reichsduma dieselben verfluchten Fragen zu lösen haben, über welche das autokratische Regime gestolpert ist und bankrott wurde. Jahre müssen vergehen, bis die fabelhafte Verwirrung der öffentlichen Interessen, die in Rußland unter dem autokratischen Regime geschaffen wurde, gelöst ist. Eine dem Volke fremd gegenüberstehende Duma wird sowohl für die allgemeinen Mißstände des Staates wie auch für ihre eigenen Mißgriffe vor dem Volke verantwortlich sein, und statt Sympathie wird sie nur allgemeine Entrüstung hervorrufen, wenn sie nicht entschieden gegen die Regierung auftritt. Die Hoffnungen des Volkes werden sich wie bis nun auf eine aus dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht hervorgegangene Volksvertretung konzentrieren. In dieser Richtung wird der revolutionäre Kampf gegen die Regierung weitergeführt werden, wobei die Duma entweder selbst an dem Kampfe auf seiten des Volkes teilnehmen oder aber jede politische Bedeutung verlieren muß und folglich der Regierung keineswegs helfen, sondern ihr noch mehr Ungelegenheiten schaffen kann.

Da die Arbeiter- und Bauernmassen jeder Möglichkeit beraubt sein werden, ihre politischen Forderungen in der Reichsduma zu verteidigen, bleibt ihnen offenbar kein anderer Ausweg übrig, als der revolutionäre Kampf. Die Reichsduma in der Form, wie sie jetzt von der Regierung geschaffen wurde, ist die Revolution in Permanenz. Sie wird in noch höherem Maße den politischen Kampf anfachen, als dies das Manifest vom 30. Oktober getan hat. Vielleicht liegt darin mit ein Grund, warum die Regierung so lange mit der Einberufung der Duma gezögert hat. Ich bemerke hier nebenbei, daß die Regierung in ihren Klagen bezüglich der enormen Schwierigkeiten, die bei der

Organisation der Wahlen zu überwinden sind, vollkommen im Rechte ist. Diese Schwierigkeiten existieren in der Tat, aber sie sind von der Regierung selbst durch das äußerst verworrene Wahlsystem geschaffen worden und konnten bei dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht nicht auftreten.

Die Duma wird das Land nicht zur Ruhe kommen lassen. Die politische Erregung wird immer mehr und mehr wachsen. Die Kanonengeschosse, durch welche die Moskauer Häuser in Schutt gelegt wurden, haben die durch die Revolution geschaffenen Lebensfragen keineswegs gelöst. Die Frage der Reorganisation des Staates auf Grundlage einer Volksvertretung statt der Bevormundung durch die Beamtenschaft — diese Frage beschränkt sich nicht allein auf das Parlament, sondern betrifft auch die Einführung der Selbstverwaltung in den Gouvernements, in den Kreisen usw. usw. Wohin aber sind wir gekommen? Zur Schaffung einer Unmasse von Generalgouverneursposten! Die Arbeiterfrage, die Bauernfrage, die Armeefrage, die Finanzfrage usw. stehen ungelöst. Die Lage hat sich nicht verbessert, sondern verschlechtert. Im Anfang des Jahres waren einige hundert Millionen Zinsen fällig, sie sind nicht da. Nach einer Mitteilung des Finanzministers hat das Defizit 500 Millionen Rubel — eine Milliarde Mark — erreicht. Und da nähern sich noch die schrecklichen Hungermonate in den von der Mißernte heimgesuchten Provinzen. Die in großen Mengen nach Hause zurückkehrende mandschurische Armee wird durch ihre Erzählungen, ja schon durch ihren äußeren Anblick keineswegs dazu beitragen, Zufriedenheit im Lande zu mehren.

Die Arbeiter werden nicht zufriedener sein, weil man ihre Organisation zerstört hat, die Bauern nicht, weil unter ihnen die Soldateska in Form der Strafexpeditionen gewütet hat, die Gesellschaft nicht, weil man die Presse und alle Formen der politischen Tätigkeit gemaßregelt hat; die Kaufleute und die Industriellen nicht infolge der Finanzkrise, der Hungersnot auf dem flachen Lande, der politischen Anarchie und der unausgesetzten revolutionären Wirren.

Nach dem 30. Oktober entstand ein offener Kampf zwischen den Parteien. Dies war für die Regierung von Vorteil, da dieser Kampf das revolutionäre Lager in verschiedene, einander feindliche Fraktionen teilte. Die Lage wäre für die Regierung noch günstiger, wenn sie durch die Einberufung eines wirklichen Volksparlaments dem Parteikampf Spielraum gelassen hätte, sich in voller Freiheit zu entwickeln. Die Regierung verfuhr und verfährt noch immer in ganz entgegengesetztem Sinne. Indem sie wieder die Macht an sich gerissen hat und neuerlich über das Land befiehlt, hat sie auf sich die ganze politische Verantwortung gewälzt, macht sie sich zur einzigen Schuldtragenden für alles Mißgeschick und konzentriert sie gegen sich die geeinten revolutionären Kräfte.

Als einzige Hoffnung bleibt ihr noch die Armee. Jedoch ist der Patriotismus in der Armee keineswegs dadurch gewachsen, daß man sie einen ganzen Monat lang zwang, das aufständische Volk zu bekämpfen. Was liegt denn daran, daß es diesmal gelang, Moskau niederzuwerfen? Die Erfahrung *aller* Revolutionen zeigte, daß das Volk eine reguläre Armee *nicht besiegen kann*. Es gewinnt jedoch den Sieg dadurch, daß die Armee auf seine Seite übertritt. Und zu diesem Ende führt die ganze politische Entwicklung der Dinge und die ganze Taktik der Regierung.

Was sollen die Arbeiter tun?

Die Aufgabe der Arbeiter ist klar. Sie sahen, welche enorme politische Macht sie in sich verkörperten in dem Moment, wo sie durch Organisationen verbunden waren. Wenn die Regierung genügenden Grund hatte, die Räte der Arbeiterdeputierten zu sprengen, so haben die Arbeiter desto gewichtigere Gründe, sie zu erhalten und zu beschützen. Selbstverständlich können die Räte der Arbeiterdeputierten im gegenwärtigen Moment nicht offen auftreten. Es ist jedoch zu bedenken, daß diese Räte lediglich die zentrale Organisation bilden. Die Grundlage der gesamten Organisation liegt in den Verbindungen der Arbeiter in den Werken, Fabriken und Werkstätten. Solange diese Verbindungen erhalten sind, kann in jedem beliebigen Moment der Rat der Arbeiterdeputierten wieder zusammentreten und noch erfolgreicher als früher seine Tätigkeit fortsetzen. Auf diesen Umstand müssen die Arbeiter ihre Hauptaufmerksamkeit richten, dies können sie immer durchführen, wie die Polizeiverhältnisse auch sein mögen.

Die Räte der Arbeiterdeputierten waren die ersten Massenorganisationen der russischen Arbeiter. Jetzt liegt die Sache der Arbeiter in ihren eigenen Händen. Von ihnen hängt es ab, ihre Organisationen zu erhalten und zu festigen oder nicht. Es ist jedoch sicherlich nicht anzunehmen, daß das russische Proletariat hinter seinen westeuropäischen Brüdern zurückbleiben wird. Was dort geschah, wird zweifellos auch hier geschehen. Das Organisationsband der Arbeiter wird wachsen und sich kräftigen. Und sobald die Räte der Arbeiterdeputierten wieder auferstehen, werden sie alles, was bis jetzt geschehen ist, weit hinter sich lassen.

Gleichzeitig mit dem Band der Arbeiterdeputierten in den Fabriken und Werken ist es selbstverständlich auch unerläßlich, die Gewerkschaftsorganisationen nach Möglichkeit zu entwickeln. Für das Proletariat ist die Organisation das allerwichtigste. In ihr liegt seine Kraft und die schließliche Gewähr seines Sieges.

Zum Kampfe um die preußische Volksschule.

Von **Heinrich Schulz.** (Schluß.)

Die Schulkommission des preußischen Abgeordnetenhauses hat in den dreißig Sitzungen der ersten Lesung die Taktik der bekannten Katze angewandt, die um den heißen Brei schleicht. Sie hat sich zuerst an die Teile gemacht, die sie für weniger heiß hielt, die sich mehr am Tellerrand befanden. Charakteristischerweise waren das die Bestimmungen des Gesetzentwurfes, die seinen eigentlichen Kern ausmachen sollten: die auf die Träger der Schullast, auf die Verteilung der Volksschullasten, auf die staatlichen Zuschüsse, auf die Schulhaushaltsetats und ähnliche reale Dinge bezüglichen Paragraphen. Aber wie schon im ersten Artikel ausgeführt wurde, ist bei der Absonderlichkeit der preußischen Zustände im allgemeinen und der preußischen Volksschulverhältnisse im besonderen dieser eigentliche Kern mehr in den Hintergrund gedrängt worden, und die konfessionelle Belastung des Gesetzentwurfes macht seinen eigentlichen Inhalt aus. Die hierauf bezüglichen Bestimmungen legte die Kommission zunächst ans Ende der Bank in der stillen Hoffnung, daß sie sich dort im Laufe der Zeit abkühlen möchten. Diese Hoffnung hat sich indes als trügerisch erwiesen. Die heißen